„Den Indianer im Kind töten“

Wie frühere kanadische Regierungen gemeinsam mit den Kirchen die Kultur der Ureinwohner vernichten wollten.

Von Frauke Steffens

Ja, Ma'am, nein, Sir, danke, bitte: All das sagen sie ganz natürlich, auf eine nicht gezwungene Art!“ Das notierte ein weißer Journalist des kanadischen Senders CBC, nachdem er 1962 einen Film an einer Schule in Kamloops in British Columbia gedreht hatte. Die höflichen Kinder, für die sich der Fernsehmacher begeisterte, waren Ureinwohner. Sie waren nicht freiwillig in den „residential schools“, die oftmals von den Kirchen betrieben wurden. Im Film „The Eyes of Children“ („Kinderaugen“), der an Weihnachten 1962 bei CBC lief, waren indigene Kinder beim Beten, Singen und im Klassenraum zu sehen. „Vielen von euch kann es nie schlechter gehen als euren Eltern“, verkündete ein Aufseher vor der Kamera.

Nicht zu sehen war das alltägliche Grauen, dem die Kinder in den landesweit 130 Anstalten ausgeliefert waren. In Kamloops war zum Zeitpunkt der Dreharbeiten der Mönch Gerald Mathieu Moran angestellt, der Jahrzehnte später in hohem Alter wegen sexuellen Missbrauchs von Jungen verurteilt wurde. Ehemalige Insassinnen berichteten ebenfalls Jahrzehnte später, dass auch Mädchen vergewaltigt worden seien. Zu ihnen gehörte Jeannette Jules, die 2013 aussagte: „Nachts kam ein Aufseher in den Schlafsaal und blendete uns mit einer Taschenlampe. Wir fragten uns untereinander: Wen würde er diesmal mitnehmen?“ Die Schule in Kamloops ist nun abermals in die Schlagzeilen geraten, nachdem die Überreste von 215 Kindern gefunden wurden, die dort verscharrt worden waren.

Insgesamt 150 000 Kinder aus Ureinwohner-Familien wurden seit 1894 in „residential schools“ wie diese gezwungen. Diese Anstalten glichen weniger Schulen denn Umerziehungslagern. Die letzte von ihnen wurde in der Provinz Saskatchewan im Jahr 1996 geschlossen. Nachdem die Vorsteherin der First Nation Tk'emlúps te Secwépemc, Chief Rosanne Casimir, die Entdeckung der 215 Kinderleichen in Kamloops bekannt gegeben hatte, legten Menschen in der vergangenen Woche überall in Kanada Reihen von Kinderschuhen vor Behörden und Kirchen ab, um an die Opfer zu erinnern. Laut Casimir war das jüngste Kind bei seinem Tod drei Jahre alt. Kamloops sei nur einer von vielen Orten, betonte der Vorsitzende der Nationalversammlung der First Nations Kanadas, Chief Perry Bellegarde, gegenüber der Zeitung The Globe and Mail. Lange habe niemand den Familien geglaubt, wenn sie von ihren verschwundenen Kindern und von unmarkierten Gräbern erzählt hätten. „Hier ist der Beweis. Niemand kann es leugnen“, so Bellegarde. Premierminister Justin Trudeau ordnete Trauerbeflaggung im ganzen Land an und versprach eine bessere Zusammenarbeit der einzelnen Provinzen mit den First Nations bei der Suche nach weiteren Gräbern. Insgesamt gibt es in Kanada heute 1,67 Millionen Ureinwohnerinnen und Ureinwohner, das sind etwa fünf Prozent der Bevölkerung.

Den indigenen Gemeinschaften hatte der kanadische Staat mit einem Zusatz zum „Indian Act“ von 1876 nur wenige Möglichkeiten zum Pflicht-Schulbesuch gegeben. Absichtlich legte man die „residential schools“ dann so an, dass sie weit weg von den Reservaten lagen, die die Ureinwohner oft nur mit Genehmigung verlassen durften. Besuche von Eltern in den Internaten waren unerwünscht. Duncan Campbell Scott, Dichter und seit 1913 stellvertretender Leiter der Behörde für „Indian Affairs“, wird die Äußerung zugeschrieben, man müsse „den Indianer im Kinde töten“. Scott erklärte im Jahr 1910 auch, das Ziel seiner Behörde sei die „Endlösung unseres Indianerproblems“. Die Tatsache, dass viele Kinder in den „Schulen“ auf engstem Raum an Seuchen erkrankten und starben, könne kein Grund für eine politische Kurskorrektur sein.

Die „Kommission für Wahrheit und Versöhnung“, die die kanadische Regierung im Jahr 2007 einrichtete, kam acht Jahre und fast 7000 Zeugeninterviews später zu dem Schluss, dass das System der „residential schools“ einem „kulturellen Genozid“ gleichgekommen sei. „Diese Maßnahmen waren Teil einer kohärenten Politik, die darauf ausgerichtet war, die indigenen Völker als selbständige Völker zu zerstören und sie gegen ihren Willen in den kanadischen Mainstream zu assimilieren“, so das Urteil der Kommission. Die Entfremdung von Generationen von Kindern von ihrem kulturellen und zivilisatorischen Erbe sei auch aus materiellen Interessen erfolgt, hieß es weiter: „Die kanadische Regierung verfolgte ihre Politik des kulturellen Genozids auch, um ihre legalen und finanziellen Verpflichtungen gegenüber den indigenen Völkern loszuwerden und die Kontrolle über deren Land und Ressourcen zu erlangen.“ Mit dem Bericht veröffentlichte die Kommission auch 94 Forderungen. So sollte die Regierung die Suche nach den Gräbern finanzieren. Laut der First Nation Tk'emlúps te Secwépemc gab es für die Funde in Kamloops aber keine solchen Gelder – die Mittel hierfür seien zum Teil gespendet worden.

Der Fund der Überreste der 215 Kinder bringe zwar keine neuen Tatsachen ans Licht, könne aber durch seine Schockwirkung zu einer intensiveren Aufklärungsarbeit führen, sagt Scott Hamilton der F.A.S., Dekan für Anthropologie an der Lakehead-Universität in Thunder Bay. Hamilton legte 2015 den ersten umfassenden Bericht über unmarkierte Gräber an den ehemaligen „Schulen“ vor, der Teil des Berichts der Wahrheitskommission war. Damals sei erst einmal nicht viel passiert, so der Wissenschaftler. Die öffentliche Aufmerksamkeit sei schnell wieder abgeflaut. Er gehe davon aus, dass man in den nächsten Jahren Tausende Überreste von Kindern finden werde. In den Ureinwohner-Gemeinschaften hätten sehr viele Familien Geschichten von unaufgeklärten Todesfällen zu erzählen. Die Wahrheitskommission ging 2015 von mindestens 6000 bis 15 000 toten Kindern an den „residential schools“ aus, deren Überreste meist noch nicht gefunden worden seien.

Die jüngsten Leichenfunde seien auch den Fortschritten der Radartechnologie und neu veröffentlichten Satellitenbildern zu verdanken, sagt Hamilton. „Wir mussten erst einmal herausfinden, wo überhaupt Schulen lagen und wo es Gräber geben könnte. Die Akten waren sehr lückenhaft, es wurden über die Jahrzehnte hinweg viele Dokumente zerstört. Und zum damaligen Zeitpunkt hielten sowohl die Kirche als auch die Behörden noch Akten zurück. Es war, als würde man versuchen, ‚Krieg und Frieden‘ zu lesen, aber nachdem jemand 80 Prozent der Seiten herausgerissen hat.“

Kinder, die Anstalten wie Kamloops besuchen mussten, starben an Seuchen, Unterernährung oder an den Folgen seelischen und körperlichen Missbrauchs. Auch Selbstmorde gab es, ohne dass ihre Zahl noch ermittelt werden kann. Ein Bericht des sogenannten Indianer-Ministeriums aus dem Jahr 1909 stellte fest, dass nach fünf Jahren auf einer „residential school" durchschnittlich 30 bis 60 Prozent der „Schüler" gestorben seien. Laut der Wahrheitskommission wurden Kinder in diesen Umerziehungslagern auch für medizinische Experimente missbraucht, etwa zu den Folgen von Unterernährung und der Wirksamkeit neuer Impfstoffe.

Die Überlebenden erinnern sich heute daran, dass sie oftmals nicht mit Namen angesprochen wurden – mancherorts schrieben ihnen Nonnen nur Nummern auf die Haut. Die Berichte der Wahrheitskommission und Interviews mit Opfern zeigen, dass Misshandlungen durch Geistliche und Lehrer über Jahrzehnte weit verbreitet waren. In St. Anne's in Ontario folterten Aufseher laut Zeugen Mitte des vergangenen Jahrhunderts Kinder mit einem elektrischen Stuhl und zwangen sie, Erbrochenes zu essen. Die Überlebenden kämpfen zum Teil heute noch um Entschädigungszahlungen. In Kuper Island in British Columbia berichtete der Überlebende Eddy Charlie von einem Selbstmordversuch nach ungezählten Vergewaltigungen durch einen katholischen Priester. Er wurde in den 1960er Jahren dort festgehalten. Eines Tages habe er beobachtet, wie andere Kinder einen dicken Baumstamm einen Hügel hinunterrollten. „Ich habe mich davor geworfen, und der Baumstamm hat mir jeden Knochen gebrochen", sagte Charlie in einem Interview. Zwei Schülerinnen seien bei dem Versuch, schwimmend von der Insel zu fliehen, ertrunken. Er selbst habe sein Leben lang mit Problemen wie Alkoholsucht zu kämpfen gehabt.

Kinder, die nicht in den Umerziehungsanstalten landeten, waren nicht vor dem Zugriff der Behörden sicher – im Gegenteil. Die Jugendämter konnten indigenen Familien noch bis in die 1980er Jahre ihre Kinder wegnehmen und sie zur Adoption an weiße Familien weitergeben. Diese Periode wird „Sixties Scoop" genannt, obwohl sie bereits in den 1950er Jahren begann. Um die 20 000 Kinder wurden an zumeist kanadische Familien gegeben, manche landeten aber auch in den USA oder sogar in Europa. Erst der politische Widerstand der First Nations und eine Reihe von Gerichtsverfahren beendeten die Praxis. Im Jahr 2017 gab es den ersten Vergleich in einer Sammelklage in Ontario, wonach die kanadische Regierung den Opfern 800 Millionen kanadische Dollar zahlen musste.

Die Regierung bat auch die Opfer der Umerziehungslager mehrfach um Verzeihung und zahlte bis 2017 3,1 Milliarden direkte Reparationen aus. Der damalige Premierminister Stephen Harper entschuldigte sich erstmals 2008 im Namen der Kanadier für das System der „residential schools", Nachfolger Justin Trudeau bekräftigte das mehrfach. Auch die anglikanische und die unitarische Kirche veröffentlichten entsprechende Erklärungen. Der Vatikan und die katholische Kirche Kanadas, die sechzig Prozent der Anstalten betrieb, verweigern bislang eine offizielle Entschuldigung. Darauf reagierte in der vergangenen Woche der Bischof für die Region Northwest Territories, Jon Hansen. Was geschehen sei, tue ihm zutiefst leid, sagte er. Als Kirche müsse man sich der Verantwortung für das Unrecht stellen, so der Würdenträger. Papst Benedikt XVI. hatte 2009 seinen „Schmerz" über das „verachtenswerte Verhalten einzelner Kirchenangehöriger" gegenüber den indigenen Kindern geäußert, doch er veröffentlichte keine Entschuldigung. Premierminister Trudeau sagte, er sei als Katholik von der Haltung des Vatikans enttäuscht und fordere eine offizielle Bitte um Verzeihung von Papst Franziskus. Chief Bellegarde und weitere Vertreter der First Nations haben angekündigt, dass sie im Herbst in den Vatikan reisen wollen, um der Forderung Nachdruck zu verleihen. Etwa eine halbe Million Bürger, die den First Nations angehören, sind Katholiken.

Ihre systemische Benachteiligung in der kanadischen Gesellschaft besteht allen Betroffenheitserklärungen zum Trotz weiter. Auch die Umerziehungslager trugen entscheidend dazu bei, dass sich strukturelle soziale Nachteile über Generationen hinweg verschlimmern und verfestigen konnten. So haben Ureinwohnerinnen und Ureinwohner mit 25 Prozent eine weit höhere Armutsquote als weiße Kanadier, die zu neun Prozent in Armut leben. Sucht und psychische Probleme sind unter indigenen Kanadiern ebenfalls verbreiteter. Fachleute weisen auf die Rolle von Traumata hin, die von Generation zu Generation weitergegeben würden – kaum etwas hat den indigenen Gemeinschaften wohl so sehr geschadet wie die Verbrechen an ihren Kindern.